

Stillstand statt Strategie

Engagementstrategie der Bundesregierung Sammelsurium von Maßnahmen

Die Bundesregierung hat ihren Kabinettsbeschluss zur „Nationalen Engagementstrategie“ verabschiedet. Der Titel verheißt viel eine klare Strategie für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist allerdings nicht zu erkennen.

Die im Bundestag vorgestellte nationale Engagementstrategie setzt zum Beispiel auf die Förderung von Unternehmen und Stiftungen, ohne dass der Bund Gelder zur Engagementförderung bereit stellt. Gleichzeitig macht die Bundesregierung mit der vorgestellten Engagementstrategie klar, dass mit einer Förderung von Infrastruktur nicht zu rechnen ist und dies als klare Aufgabe von Ländern und Kommunen gesehen wird. Unter Federführung des Familienministeriums möchte die Bundesregierung gerne mit Ländern und Kommunen kooperieren und sich koordinieren, eigentlich eine Selbstverständlichkeit – was ist also das Neue an dieser Absichtserklärung fragt man sich, wenn man sich mit dem Thema beschäftigt.

Wir erfahren weiter, dass statt propagiertem Dialog das Modellprojekt Mehrgenerationenhäuser in einem „Anschlussprojekt“ irgendwie weitergeführt werden soll. Ebenso wird der Freiwilligendienst als primäre Aufgabe der Länder gesehen, weshalb Ministerin Schröder nicht vom Modell des unsinnigen freiwilligen Zivildiensts abrückt und vielleicht wird in Zukunft weiter das ein oder andere Modellprojekt gefördert.

Zu guter Letzt steht die entscheidende Phase - der Dialog mit Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe des Web 2.0 im Nationalen Forum - auf tönernen Füßen. Nach Plänen des BMFSFJ soll das „Nationale Forum“ abgewickelt werden, das in der letzten Legislaturperiode als Selbstorganisation zivilgesellschaftlicher Organisation und Dialog eingesetzt wurde. Die Ergebnisse des Forums finden keine Aufnahme in die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung. „Schön, dass wir darüber gesprochen haben“ - lautet die Devise. Dies ist Hohn für jede und jeden der Arbeit und Zeit in den Dialog investierte.

Kurz, das Motto der Bundesregierung in der Engagementpolitik lautet: Engagementpolitik – JA, neue Rahmenbedingungen schaffen und sich dem Thema Infrastrukturförderung widmen – NEIN!

Hier wurden viele Erwartungen geweckt, viel diskutiert über die Notwendigkeit von Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements und letztlich Enttäuschung produziert. Rahmenbedingungen im Engagement, die gemeinschaftlich finanziell gesichert sind wurden jetzt jahrelang zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Initiativen

und Verbänden diskutiert. Mit ihrer Vorlage einer „nationalen Engagementstrategie“ wird deutlich: Neuerungen und Veränderungen sind nicht zu erwarten - „Hier mal ein Modellprojekt, da ein bisschen Lyrik“ - ist das Fazit. Damit vertut die Bundesregierung die Chance über die schwierige Frage der Rahmenbedingungen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft zu diskutieren und gemeinsam voranzukommen.

Britta Haßelmann, MdB Bündnis 90/Die Grünen, Parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen und Mitglied im Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement

Kontakt: britta.hasselmann@bundestag.de